

Mit den Enttäuschten im Gespräch bleiben - Diskussionsabend über den zunehmenden Rechtsextremismus



Luden ein zum Gespräch über rechte Populisten und Rechtsextremismus: Katrin Vaupel und Reinhold Kuchler von der AWO, Referent Sascha Schmidt und Pfarrer Dierk Glitzenhirn vom Evangelischen Forum.
(Text + Foto: Ulrich Köster)

Schwalmstadt. In jüngster Vergangenheit gab es deutschlandweit zahlreiche Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, so auch in Treysa. Der AWO-Kreisverband Schwalm-Eder, der AWO-Ortsverein Schwalmstadt und das Evangelische Forum Schwalm-Eder hatten nun eingeladen, das Thema zu vertiefen und etwa 60 Interessierte kamen ins Haus für Gemeinschaftspflege. Sascha Schmidt, Politikwissenschaftler aus Wiesbaden und Mitarbeiter des DGB Hessen-Thüringen, Co-Autor des Buches „Rechter Terror in Hessen“, sprach zu der Fragestellung: „Rechtspopulisten und Rechtsextremisten haben Konjunktur: Schwierige Zeiten - Zeit für einfache Antworten?“ Die Zivilgesellschaft habe das Phänomen lange Zeit nicht ausreichend wahrgenommen und sei „ideenlos“ mit dem erstarkenden Rechtsradikalismus umgegangen, begann er seine Analyse. Allerdings seien die Erkenntnisse über die AfD überhaupt nicht neu und es handele sich auch nicht um ein rein ostdeutsches Problem, wie oftmals behauptet werde, so Schmidt. „Die AfD konnte sich in Hessen sehr stark etablieren, weil sie hier lange als moderat galt“, erklärte er.

Anhand von offiziellen Umfrageergebnisse zeigte Schmidt auf, dass bei der letzten Wahl in Hessen von den zusätzlichen 157.000 Wählerstimmen gegenüber 2018, zwar knapp ein Drittel der Stimmen von vorherigen Nichtwählern gekommen seien, aber auch von 62.000 Menschen, die zuvor den drei Parteien der Ampel-Koalition ihre Stimme gegeben hatten. Auf dem Land sei die Zustimmung größer als in der Stadt und beim Blick auf das Lebensalter zeige sich, dass fast jeder Vierte zwischen 35 und 44 Jahren AfD gewählt habe, wohingegen der Anteil bei den über Siebzigjährigen lediglich bei neun Prozent lag. Eine weitere Umfrage, die er zitierte, befasste sich mit den Ansichten AfD-Wählender über die Partei, fast alle nannten die stärkere Begrenzung des Zuzugs für Geflüchtete gut und mit der Aussage über die Partei, „es ist mir egal, dass sie in Teilen als rechtsextrem gilt – solange sie die richtigen Themen anspricht“, konnten sich noch 80 Prozent identifizieren.

Beim Rechtsextremismus sah Schmidt die Schwierigkeiten einer klaren Definition des Begriffs. So blicke der Verfassungsschutz eher auf Handlungen, wohingegen die Politikwissenschaft auch die ideologischen Hintergründe ins Auge fasse und benannte, dass Rechtsextreme allein die Abstammung als Rechtsprinzip gelten ließen. Mit der Parole „die Deutschen sterben aus“ werde Angst geschürt, charakterisierte Schmidt die Rechtspopulisten. Eine zunehmende Radikalisierung belegte er mit menschenverachtenden Äußerungen von AfD-Politikern und deren Verbindungen zu bekennenden Rechtsextremisten: „Die AfD von heute ist nicht mehr nur rechtspopulistisch, sondern rechtsextrem“. Am Ende unterstrich der Referent in der Diskussion mit den Zuhörenden, dass rechte Gesinnungen immer mehr in der Mitte der Gesellschaft Fuß fassten. Seine Empfehlung: Mit Enttäuschten müsse man im Gespräch bleiben - die bereits Radikalisierten könne man nicht mehr erreichen und dürfe ihnen keine Bühne geben.